

Staatssekretariat für Bildung, For-  
schung und Innovation SBFI  
Abteilung Bildungszusammenarbeit  
Einsteinstrasse 2  
3003 Bern

Glarus, 15. September 2015  
Unsere Ref: 2015-198

**Vernehmlassung i. S. Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz (Bildungszusammenarbeitsgesetz, BiZG)**

Hochgeachteter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Wir stimmen mit den Darlegungen zur verfassungsmässigen Abstützung, zum Stellenwert und zur Ausrichtung der Bildungszusammenarbeit von Bund und Kantonen überein. Es geht um die gemeinsame Sorge für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes Schweiz. Die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen hat sich mittlerweile gut eingespielt und funktioniert pragmatisch im Rahmen der bestehenden Zuständigkeiten und durch die entsprechenden Organe.

Das BiZG ersetzt verschiedene Rechtsgrundlagen, die bisher die Zusammenarbeit und Mitfinanzierung des Bundes begründet haben. Entscheidend für die Beurteilung des neu vorgeschlagenen Gesetzes ist, dass die eingeübte Zusammenarbeit von Bund und Kantonen unkompliziert und partnerschaftlich weitergehen kann; und dass die Bundesbeiträge auf sicherer Rechtsgrundlage verlässlich ausgerichtet werden.

Bei dieser Mitbeteiligung des Bundes an den Arbeiten im Sinne von Art. 61a BV kann es nicht bloss um Projektbeiträge gehen, um welche punktuell und wiederkehrend nachgesucht werden muss. Die Führung eines kohärenten Bildungssystems und die Sicherung seiner Qualität erfordern vielmehr kontinuierliche und auch strukturelle Massnahmen, an deren Finanzierung sich der Bund beteiligt und zwar im Rahmen seiner eigenen Verantwortung für Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes Schweiz.

Bisher ging man offenbar davon aus, dass eine Erweiterung der gesetzlichen Grundlage des Bundes nötig ist, damit auch weitere Institutionen (wie z. B. das Institut für Externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II, IFES) unterstützt werden können. Nun enthält der Entwurf mit dem Hinweis auf eine Zusammenarbeitsvereinbarung eine deutlich offenere Wendung. Wir interpretieren dies so, dass damit das bisherige Engagement des Bundes nicht geringer ausfällt, jedoch aber flexibler wird. Der Kanton Glarus erwartet eine verlässliche Partnerschaft insbesondere in der Finanzierung und geht davon aus, dass alle seit langem bekannten Vorhaben und Institutionen auch wirklich weiter langfristig abgedeckt werden.

Mit den „Grundsätzen über die Ziele der Zusammenarbeit“, wie der erläuternde Bericht sie darstellt, und den Massnahmen, welche der Bericht den Zielen zuordnet, sind wir einverstanden.

In Bezug auf den Finanzbedarf bzw. die Rahmenbedingungen für eine finanzielle Beteiligung des Bundes wird im Bericht betont, dass letzterer stets maximal die Hälfte der Kosten übernehme. Wir verstehen dieses Limit unter Berücksichtigung des Aufwandes, der den Kantonen unter Umständen im Zusammenhang mit bestimmten Massnahmen je zusätzlich anfällt (z.B. bei externen Schulevaluationen oder bei Lehrerinnen-/Lehrerweiterbildungen).

Wir hoffen und sind aber auch zuversichtlich, dass die schon bisher geübte, sehr pragmatische Zusammenarbeit verstärkt und weiter vereinfacht werden kann.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

**Für den Regierungsrat**



Röbi Marti  
Landammann



Hansjörg Dürst  
Ratsschreiber

E-Mail an: [vernehmlassungen-BIZ@sbfi.admin.ch](mailto:vernehmlassungen-BIZ@sbfi.admin.ch) (Dateiformate Word und pdf)

versandt am: **16. Sep. 2015**